Die Transformation der Corona-Proteste in post-pandemischen Bürgerprotest

(Teil 4 – Rund um Ostermärsche 2022)

Karlsruher Netzwerk gegen Rechts

(Dossier 188)

www.ka-gegen-rechts.de/dossiers

Die ersten drei Teile:

https://ka-gegen-rechts.de/wp-content/uploads/2022/03/185-Corona__Wochen_der_Wahrheit__Maerz_2022__Teil_1.pdf

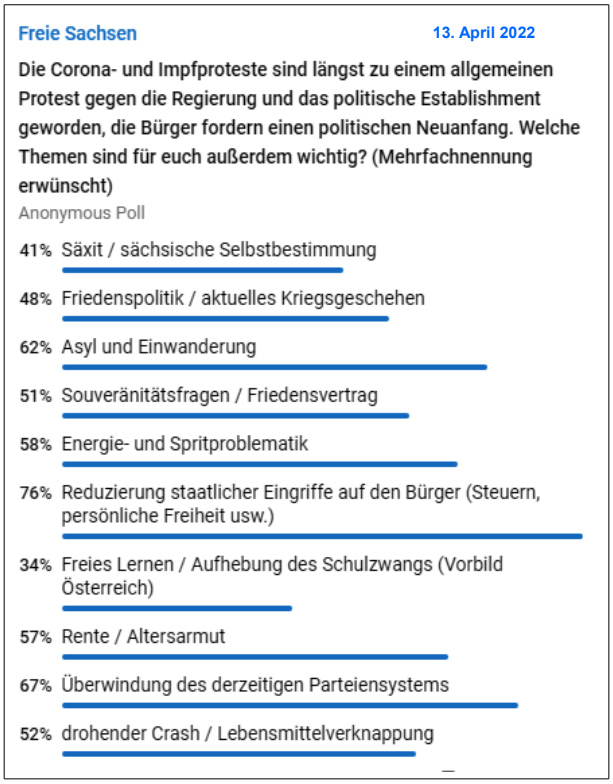
https://ka-gegen-rechts.de/wp-content/uploads/2022/03/186-Die_Coronaproteste_transformieren_sich_in_einen_Buergerprotest__Teil_2__Maerz_2022.pdf

https://ka-gegen-rechts.de/wp-content/uploads/2022/04/187-Die-Transformation-der-Corona-Proteste-Teil-3-April-2022.pdf

Mit dem Zerfall der Corona-Proteste seit März 2022 wurden widerständische Potentiale frei, um die etliche Bürgerproteste, die bereits vor 2020 aktiv gewesen waren, nun warben. Das Ziel war sozusagen ein Protest gegen eine als repressiv und verlogen verstandene BRD ohne verbindliches Rahmenthema.

Das Hauptargument dabei war, dass die Verlogenheit umfassend gewesen sei und sich auf alle relevanten gesellschaftlichen Aspekte bezogen habe: Alles sei dominiert gewesen von den Mechanismen der politisch, wirtschaftlich und gesellschaftlich Führenden, die Interessen der global vernetzten Eliten durchzusetzen.

Insofern wäre es nur folgerichtig, wenn sich thematisch unterschiedliche Proteste vernetzten, anstatt dass jeder für sich lediglich einzelne (unterschiedliche) Symptome desselben Grundmissstandes zu bekämpfte.



Eine Umfrage der *Freien Sachsen* brachte die Aufbruchsstimmung Mitte April 2022 auf den Punkt.

ntv **Sachsen** 10.04.2022

Innenministerium: Vorläufig kein Ende der Corona-Demos

Mit dem Wegfall der meisten Corona-Regeln könnte man auch mit einem Ende der Corona-Demos rechnen. Das Innenministerium schätzt die Lage anders ein. Neben der öffentlich geführten Diskussion über die Impfpflicht vermischten sich die Themenbereiche - beispielsweise mit dem Krieg in der Ukraine, teilte das Ministerium auf Nachfrage mit. Vereinzelt seien Russland-Fahnen auf den Demos zu sehen. Forschende beobachten schon seit einiger Zeit, dass sich Gruppen wie die Freien Sachsen mit Russland solidarisieren. Die Partei bilde zurzeit das Narrativ, dass sie für den Frieden sei, ob bei Corona oder in der Ukraine, hatte etwa der Rechtsextremismus-Forschers Johannes Kiess zu Beginn des Kriegs gesagt. Die rechtsextreme Splitterpartei Freie Sachsen mobilisiert seit Monaten zu den Protesten gegen die Corona-Regeln. Dennoch beobachtet das Innenministerium seit Wochen einen Rückgang der Teilnehmerzahlen. Am vergangenen Montag wurden knapp 16.000 Menschen bei landesweit 148 Ver- und Ansammlungen gezählt. Die höchste Zahl wurde Ende Januar mit knapp 53.000 Teilnehmenden erreicht. Analog zu der Größe der Demos nimmt laut Innenministerium auch die Gewaltbereitschaft ab. An den allermeisten Fällen würden nur noch Anzeigen wegen Verstoßes gegen das Versammlungsgesetz aufgenommen.

Lichtenfels: Corona-Demo wird zu Putin- Propaganda

Fränkischer Tag 11.04.2022

Die Corona-Veranstaltungen des Vereins „Miteinander- Füreinander“ sind nicht neu, doch ihre geänderte thematische Ausrichtung bringt neues Publikum.

noz 09.04.2022

Scharfe Worte bei 18. Corona-Demo in Osnabrück

Offensichtlich keine Freunde der EU und Nato:

Trotz Absage der Impfpflicht und allgemeiner Lockerungen versammelten sich am Samstag erneut rund 380 Impfskeptiker und Maßnahmengegner

Verhaltene Transformationstendenzen bei *Grundrechte Jetzt* und *Querdenken721*

Was im Jahr 2014 mit Pegida und dem Aufkommen der Alternativen Medien in Deutschland themenbezogen begonnen hatte, war mittlerweile das Ringen um einen grundsätzlichen Widerstand geworden.

Seinerzeit war die zentrale Forderung „Merkel muss weg“, und man ging davon aus, dass das politische System BRD (nach Erreichen jenes Ziels) dann mehr oder weniger reformierbar sein würde: Ausgehend etwa von einer Kehrtwende in der Migrationspolitik. Nun, im April 2022, wäre der lapidare Spruch „Alles muss weg“ ein Slogan einer sich findenden 'Allgemeinen Bürgerbewegung' gewesen.

Bei *Querdenken721* war der Ukraine-Krieg im Internet nur ein Zusatzthema, auf den Demos blieb er unsichtbar. Die Karlsruher Corona-Initiative *Grundrechte Jetzt* indes hatte sich diesem neuen Trend gegenüber immer wieder offen gezeigt.

Allerdings schienen beide wichtigen Karlsruher Corona-Initiativen thematische Weiterentwicklung im Wesentlichen auszulassen: *Querdenken721* war zu sehr in den snobistisch-elitären *Querdenken*-Hierachien zwischen Spiritualität und RechtsanwältInnen eingebunden, *Grundrechte Jetzt* waren letztlich zu bodenständig, um sich als selbsternannte InternetexpertInnen auf Themen einzuschwören, von denen man letztlich eigentlich nicht viel verstand.

Richtungsweisend durften diese zwei *telegram*-Beiträge von *Grundrechte Jetzt* von Mitte April 2022 dennoch gewesen sein: Unverbindliche Angebote an die Prorussische sowie an die Patriotische Szene.

Grundrechte.jetzt 14. April 2022

Hier eine Zusammenfassung der Kritikpunkte über die Darstellung, russische Streitkräfte hätte in Bucha Massaker an der Zivilbevölkerung verübt:

> **The Hammer&The Dance**
> **Das Massaker von Butscha - auf der Suche nach der Wahrheit**
> Wer ist Verantwortlich für Butscha? So klar wie der Westen die Sache darstellt scheint es bei genauerer Betrachtung nicht zu sein.

Sicherlich werden von russischen Soldaten Kriegsverbrechen an unschuldigen ukrainischen Zivilisten verübt.

Ob dies in Bucha der Fall war und wenn ja in welchem Ausmaß, muss erst noch untersucht werden.

Möglich bleibt auch eine weiteres Szenario:

Es gibt tote Zivilisten, welche vor dem 30. April von russischen Soldaten getötet wurden und auf den Videos zu erkennen sind.

Nach der Übernahme der Ukrainischen Armee wurden "Säuberungen" sprich Tötungen von Zivilisten durch die ukrainischen Militärkräften vorgenommen und diese Toten bilden mit den durch russische Soldaten getöteten Zivilisten die perfekte Kulisse die russische Seite als Barbaren darzustellen, die wahllos und grundlos Zivilisten abschlachten.

Die Wahrheit stirbt bei jedem Krieg bekanntlich zuerst.

Grundrechte.jetzt 13. April 2022

Forwarded from **Digitaler Chronist**

Bitte macht hier alle mit! Ralf Ludwig hat's heute vorgestellt. Sie wollen in allen 16 Bundesländern einen Volksentscheid in die Wege leiten zur Abschaffung der GEZ und der damit verbundenen Staatsfunkstruktur und Monopolstellung, die auch für das Internet geplant ist (einhegehend mit dem Verbot von alternativen Medien wie KenFM).
Bitte registriert euch alle und leitet dies weiter, jedes Bundesland kann dort extra gewählt werden.

> **rundfunk-frei.de**

rundfunk-frei – Die bundesweite Selbstermächtigungsinitiative zur Befreiung vom Rundfunkbeitragszwang

Der Beitrag zum Massaker von Bucha war ein typischer google-translator-Artikel im für die Internet-Kommunikationsguerilla typischen Alles-kann-nichts-muss-Stil. Er war nicht darauf ausgelegt, Sachinformationen oder Interpretationen zu transportieren, sondern eine Grundhaltung widerzuspiegeln, ein Faden für eine ideologische Vernetzung zwischen den Teilenden des Beitrags zu sein

Für einen durchschnittlichen Corona-AktivistInnen durfte der *Digitale Chronist* ein 'Alternativer Journalist' unter deren vielen gewesen sein, für die Verantwortlichen des telegram-Kanals *Grundrechte Jetzt* hingegen sicherlich nicht … Der *Digitale Chronist* stand für die Vernetzung rechtskonservativer und rechtsextremer Kreise. Das Teilen des GEZ-Beitrags war eine unmissverständliche Sympathiegeste in Richtung der Patriotischen Protestszenen.

Der *Digitale Chronist* (Thomas Grabinger) war seit 2019 als youtube-Patriot aktiv. Von Anfang an, insbesondere bereits vor Beginn der Corona-Proteste sah er sich dabei als Streiter gegen die Rundfunkgebühren.

BuzzFeed.News
09.03.2020

Eine rechte Sabotage-Kampagne will ARD und ZDF zu Fall bringen

Schon seit Jahren kämpfen Menschen gegen ARD, ZDF und Deutschlandradio. Manche kritisieren die Struktur des Rundfunks, andere halten die Medien grundsätzlich für Lügner und Manipulatoren. Lange Zeit wurden diese Menschen von der Politik ignoriert. Sie wurden als Querulanten abgetan, ihr politischer Einfluss war gering. Doch das hat sich geändert. Mittlerweile gibt es eine breite, rechte Koalition gegen den öffentlich-rechtlichen Rundfunk. Sie besteht aus Rechtskonservativen, neurechten Publizisten und Influencern, Verschwörungstheoretikern, Rechtsextremen und der AfD.

Rechtskonservative, Neurechte und Rechtsextreme blasen zum gemeinsamen Angriff auf ARD und ZDF. Sie zahlen ihre Beiträge in Cent-Stücken und verlangen Auskunft über ihre Daten. Die Kampagne, die den öffentlich-rechtlichen Rundfunk in die Knie zwingen soll, beginnt im Dezember 2019: Mit einem Podcast der rechten Wutbürger-Initiative „Hallo Meinung“ von Peter Weber. Jener Kampagne geht es jedoch nicht um eine rechtliche Klärung, sondern um Sabotage, um organisiertes Querulantentum als Protestform. Manche der Rundfunkbeitrags-Gegner beantragen die Barzahlung deshalb nicht nur, sondern schicken gleich ganze Päckchen voller Cent-Stücke an den Beitragsservice in Köln und filmen sich dabei. So etwa der rechte Youtuber und Hallo Meinung-Unterstützer Thomas Grabinger, der sich „Digitaler Chronist“ nennt.

Der *Digitale Chronist* in seiner liebsten Pose:

Ein Hauch von Hauptstadtstudio

taz

Thomas Grabinger, der „digitale Chronist“
7.5.2020

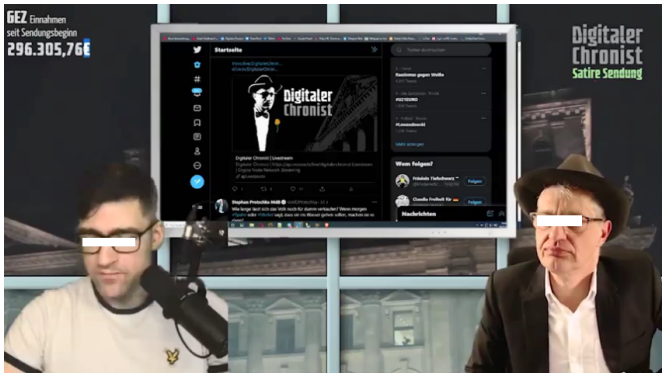
Eine seltsame Mischung aus Verschwörungstheoretikern, Rechtsextremen und Zweiflern demonstriert in deutschen Städten. Wer sind ihre Anführer?

Thomas Grabinger, 55, betreibt seit vielen Jahren einen Computerreparaturladen in Berlin. Die *Berliner Morgenpost* beschrieb ihn 2015 als „gewinnenden Typ im Anzug“ – einen, „den man gerne in sein Haus lässt“. Als „Digitaler Chronist“ ist er auf Youtube unterwegs und hat dort mehr als 50.000 AbonnentInnen. Geradezu geadelt fühlte er sich vor wenigen Wochen, als er in seiner Livesendung Xavier Naidoo interviewte, der wiederum auf seinem Telegramkanal ebenfalls die Hygienedemos bewirbt.

Mehrfach war Grabinger mit seiner Kamera selbst auf den Hygienedemos unterwegs, inzwischen präsentiert er aus seinem Studio eine Liveschalte, am vergangenen Samstag zu acht Demonstrationsorten bundesweit. Wie in einer Bundesligakonferenz unterbricht er die Außenreporter: „Wir müssen stoppen, in Berlin wird geräumt“, und schaltet weiter an den Rosa-Luxemburg-Platz. Eingebettet war die Schalte etwa auf dem Blog Journalistenwatch, das als Schnittstelle der rechtsextremen und verschwörungstheoretischen Blase gilt.

Der Digitale Chronist präsentierte regelmäßig führende Köpfe des Patriotischen Widerstands, analog oder virtuell zugeschalten: Im Mai 2020 das AfD-MdB und ehemalige Flügel-Mitglied Stephan Protschka, im März 2020 Martin Sellner.

MdB Stephan Protschka, Claudius und ich im launigen Gespräch



Seinen ersten (und vermutlich letzten) Mainstreammedienwirbel hatte Thomas Grabinger im April 2020 verursacht, als er in einer seiner Interviewsendungen aus Xavier Naidoo die Info entlockte, dass der mit dem Rapper Chris Ares in persönlichem wie musikalischem Kontakt gestanden habe.

Der in der deutschen Hiphop-Szene (und in Karlsruhe aus Ex-Steffi-Zeiten) bekannte *Chaoze One* analysierte das Interview:

Xavier Naidoo bei „Digitaler Chronist Alternative“ zu Gast, wo ihn Thomas Grabinger nach zähen beinahe zwei Stunden Sendezeit (ca. ab 1:49:00 Min) fragt:

„Könntest du dir vorstellen, eventuell, … ich weiß nicht ob du’n bisschen über die Musikszene der … Patrioten … ich mag das Wort eigentlich gar nicht so gern, aber das ist halt so der Oberbegriff für unsere Kanäle, mal vielleicht auch Chris Ares oder Prototyp falls dir die …, die sind HipHopper, Deutsche, die … also … ähm … eben nicht mit …. “ An dieser Stelle fällt ihm Naidoo ins verstammelte Wort und gibt trotz fehlender Fragestellung die Antwort: „Also mit Chris Ares stehe ich sowieso in Kontakt“. Woraufhin Grabinger entgegnet: „Na siehste, geht doch“.

Der von Thomas Grabinger aus tiefem Herzen beworbene Chris Ares war nicht irgendein patriotischer Musiker:

fluter.

29.12.2020

Volksmusik

Rap ist ein wichtiges Instrument der Neuen Rechten

Rechtsrap ist eng mit der Neuen Rechten verknüpft. Er wird als Teil der sogenannten „Kulturrevolution von rechts“ gesehen, einem Kampfbegriff aus den intellektuellen Kreisen der Neuen Rechten. Christoph Aljoscha Zloch, wie Ares mit bürgerlichem Namen heißt, ist eine zentrale Figur im Rechtsrap – einer Strömung, dessen Texte sich gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung wenden. So entwirft Ares in seinen Liedern Bilder von Kriegszuständen und einer „rechten Revolution“ in Deutschland. Er rappt, dass es die Bundesrepublik und ganz Europa zu verteidigen gilt: Gegen Geflüchtete, gegen Linke, Menschen mit Migrationsgeschichte oder queere Personen. Kurz: gegen alle, die nicht in seine limitierte Vorstellung eines weißen Deutschlands passen. Der bayerische Verfassungsschutz stuft das Gründungsmitglied des rechtsextremen „Bündnisses deutscher Patrioten“ als einen „bedeutenden Akteur in der bundesdeutschen identitären Musikszene“ ein. Zloch ist einer der ersten Rechtsrapper, dessen Veröffentlichungen auch jenseits extrem rechter Filterblasen sichtbar wurden. 2019 stand seine erste offizielle Single „Neuer Deutscher Standard“ kurzzeitig auf Platz eins der Amazon-Charts. Am 3. Juli 2020 veröffentlichte Zloch sein Album „Ares“. Einen Tag vor dem Release aber entfernte Amazon all seine Produkte aus dem Sortiment.

Im Jahr 2016 stand Chris Ares auf dem Höhepunkt seiner Karriere. Seine Musik wurde bundesweit auf den patriotischen Demos in Redepausen vom Band eingespielt oder er trat live auf. Unter diesen Auftritten war der 30. Juli 2016 in Berlin bei der dritten Ausgabe der *Merkelmussweg*-Demoreihe der größte.

Jene Demoreihe war 2016 das größte patriotische Event außerhalb von *Pegida*, organisiert von Patrioten, die bei Lutz Bachmann in Ungnade gefallen waren. Und als sich bei der ersten jener Merkelmussweg-Demos im März 2016 rund 5000 Teilnehmende einfanden, glaubte die Patriotische Szene rechts von *Pegida* an ein Erwachen einer West-*Pegida*. Aber zur zweiten Ausgabe im Mai kamen nur 3000 und bei der dritten Demo, bei der Chris Ares auftrat, waren es nur 1800. Die Demoreihe pendelte sich 2017 bei einem Schnitt von 500 Teilnehmenden ein und versandete dann … immer dabei waren die Szene-Schwergewichte Ignaz Berth und Alexander Kurth.

Die Ostermärsche 2022 und die Coronaprotest-Szene

Ein Baustein der Transformationstendenzen innerhalb der Coronaprotest-Szene spiegelte sich in den Ostermärschen 2022 wider: Bindeglieder waren der Ukraine-Krieg sowie die Selbsteinschätzung der Corona-Proteste, eine (die einzig wahre) Friedensbewegung in Deutschland zu sein … hier eröffneten sich Schnittmengen, aber dass sich ernstzunehmende Allianzen bilden würden, war nicht zu erwarten.

Im Jahr 2022 nahmen nur etwa 20.000 Menschen an den bundesweiten Ostermärschen teil. Die Ostermärsche hatten in den 1960ern begonnen und in den 1980ern als Proteste gegen NATO-Atomraketen in Deutschland ihre Blüte erlebt und seinerzeit bundesweit mitunter mehr als eine Million Teilnehmende mobilisiert.

Die Ostermarsch-Proteste 2022 waren (erstmals in ihrer Geschichte) zweigeteilt. Man kreiste um die Frage 'Frieden schaffen – mit oder ohne Waffen' … genauer gesagt: Mit oder ohne Waffenlieferungen Deutschlands & der NATO an die Ukraine.

Weite Teile der Coronaproteste sahen Russland nicht alleinschuldig, die Bundesregierung aber als Kriegstreiberin und lehnten Waffenlieferungen in die Ukraine ab.

Ein Stern-Artikel vom 7. April 2022 thematisierte die sinkenden Teilnehmendenzahlen bei Corona-Demos und die thematischen Neuausrichtungen der Szene:

---

stern 7. April 2022

Enden mit Corona-Maßnahmen auch Proteste? Krieg neues Thema

Maskenpflicht vielerorts passé, Tests und Nachweise kaum noch nötig - die Politik fährt die Corona-Maßnahmen spürbar zurück. So kommt den Protestierenden die Grundlage für ihr Anliegen schrittweise abhanden. Doch sie haben andere Themen, wie der Verfassungsschutz beobachtet.

Nach Angaben des baden-württembergischen Innenministeriums sinken seit Wochen sowohl die Zahl der Demonstrationen an sich als auch jene der Teilnehmenden. Rund 18.000 Menschen versammelten sich am Montag bei landesweit 186 Versammlungen, um gegen die Corona-Maßnahmen zu demonstrieren. «Damit hält der Trend an, dass sich landesweit die Zahl der Teilnehmenden bei Versammlungen zum Thema Corona verringert», teilte ein Sprecher mit. Zum Vergleich: In den ersten Monaten des Jahres gingen zeitweise mehr als 50 000 Menschen auf die Straße.

Doch obwohl die Politik die Einschränkungen zurückfährt, sieht etwa der Gründer der Protestbewegung «Querdenken» keinen Anlass zum Aufhören. Im Bundestag werde über eine Impflicht diskutiert, Lieferverträge über Impfstoffe sollten bis 2029 abgeschlossen und es solle ein Impfregister eingeführt werden, teilte Michael Ballweg mit. «Gleichzeitig melden sich immer mehr Menschen, die aufgrund der Impfung gesundheitliche Schäden haben. Deshalb sehen wir hier keine Gründe, den Protest einzustellen.» Die «Querdenken»-Demonstrationen seien auch keine Anti-Corona-Demonstrationen, sondern «Demos für die vollständige Wiederherstellung unserer Grundrechte», betonte er. Zudem seien es keine monothematischen Demonstrationen. Kritik äußerte er beispielsweise am aktuellen Finanzsystem. «Weiterhin ist ein wichtiges Thema, die immer weiter steigende Macht der Digitalkonzerne», erklärte Ballweg. Und er betonte: «Wir sind eine Friedensbewegung und lehnen jegliche Form von Krieg ab.»

Nach Einschätzung des Landesamts für Verfassungsschutz versuchen Akteure, die bisher zu Protesten rund um die Corona-Pandemie und die staatlichen Maßnahmen aufgerufen haben, neue Themenfelder zu besetzen. «Ihr Ziel ist es, das Protestgeschehen thematisch zu verschieben, mindestens aber anzureichern». Neben dem Krieg gegen die Ukraine eigneten sich auch die damit zusammenhängenden steigenden Energiekosten für eine Vereinnahmung durch die Protestszene, wie ein Sprecher erklärte. “Langfristig könnten auch Themen wie der Klimawandel instrumentalisiert werden, um die Anschlussfähigkeit an breitere Gesellschaftsschichten zu erhöhen.»

euronews.
17/04/2022

Frieden nur noch mit Waffen? Baerbock, Habeck und das Ende des Pazifismus

Das Dilemma Deutschlands zwischen Friedensbewegung und Unterstützung für die Ukraine: Die traditionellen Friedensmärsche in Deutschland zu Ostern stehen unter dem Eindruck des Krieges in der Ukraine und der Forderung Präsident Selenskyjs nach mehr Waffen.

Menschen, die die Grünen und die Linken gewählt haben, sind hin- und hergerissen. Einige von ihnen sind unter den gegebenen Umständen für die Lieferung von Waffen in das Kriegsland. Werfen jetzt alle ehemals Friedensbewegten die alten Überzeugungen über Bord?

Bundesweit haben sich einige Tausend Menschen den Ostermärschen der Friedensbewegung angeschlossen. In Städten wie Hannover, München, Duisburg, Stuttgart, Leipzig und Berlin versammelten sich Demonstrantinnen und Demonstranten mit Fahnen und Plakaten. Nach Einschätzungen der Polizei kamen etwa in Bremen und Berlin jeweils rund 1.200 Menschen zusammen und in Hannover mehr als 500 Demonstranten.

Vor allem die Spitzenpolitiker:innen der Grünen - allen voran Annalena Baerbock und Robert Habeck - haben die Position ihrer Partei geändert. Habeck hatte sich bereits im vergangenen Jahr für Waffenlieferungen in die Ukraine ausgesprochen hat. Außenministerin Annalena Baerbock hat zuletzt mehrmals für die Lieferung schwerer Waffen an die Ukraine plädiert.

"Die Ostermärsche sind sinnvoll und gut, wenn sie an den Frieden gemahnen und die Gemahnung an den Frieden kann sich nur gegen Putin richten", so Habeck am Ostersamstag auf einer Kundgebung in Kappeln in Schleswig-Holstein, wo er herkommt. "Insofern muss man da jetzt sehr genau aufpassen, dass sie nicht die Ukraine auffordern, nicht mehr zu kämpfen. Dann würde ich wäre ich nicht mehr dabei bei den Ostermärschen. Wenn sie sagen: Putin, Du bist ein Aggressor, stellt den Krieg ein, zieh die Truppen zurück und stell das Morden und Töten ein, dann haben die Ostermärsche ihren Sinn."

Der deutsche Bundeskanzler Olaf Scholz hat zwar von der Zeitenwende gesprochen, bisher aber gezögert, schwere Waffen an die Ukraine zu liefern, so wie es sich der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj wünscht. Schließlich hat sich die Bundesregierung auf eine finanzielle Militärhilfe statt Waffenlieferungen geeinigt. Ein Grund dafür ist unter anderem, dass die Bundeswehr selber schlecht ausgestattet ist. Unklar blieb bislang, welche Arten von Waffen zu welchem Zeitpunkt zur Verfügung stehen könnten.

Bundesfinanzminister Christian Lindner (FDP) hatte am Freitag mitgeteilt, im Bundeshaushalt werde die sogenannte Ertüchtigungshilfe – eine Initiative zur Stärkung der Sicherheit ausländischer Partner – auf zwei Milliarden Euro angehoben. Von dem Geld könne die Ukraine die Waffen kaufen, die sie haben wollen. Doch auch weil sie angesichts der hohen Abhängigkeit der deutschen Industrie, - mit Zustimmung von Wirtschaftsminister Habeck - kein sofortiges Embargo auf russisches Gas unterstützt, gerät die Bundesregierung - nicht nur wegen der Forderungen der Ukraine, sondern auch auf EU-Ebene - zunehmend unter Druck.

Die Ostermärsche müssten sich laut Robert Habeck gegen Putin wenden, nicht (mehr) gegen den Krieg an sich. Damit stand er in der führenden Politik nicht allein: Kriegsverbrechen, Verletzung des Völkerrechts, Völkermord und Vernichtungskrieg waren die Vorwürfe …. Nur wenige Stimmen mahnten vor einem Wettrüsten:

tagesschau
16.04.2022

Dilemma im Handeln

Der Direktor des Evangelisch-lutherischen Missionswerkes in Niedersachsen, Michael Thiel, sprach mit Blick auf die Ukraine von einem Dilemma. "Auf der einen Seite müssen wir uns deutlich und klar gegen jede Rüstung und Aufrüstung zu Wort melden", sagte er. "Auf der anderen Seite können wir nicht einfach zusehen, wie Menschen entrechtet, getötet oder um ihre Heimat gebracht werden durch einen eindeutigen Bruch des Völkerrechtes."

Vizekanzler Robert Habeck warnte hingegen vor einem Missbrauch der Demonstrationen. "Frieden kann und wird es nur geben, wenn Putin seinen Angriffskrieg stoppt", sagte der Grünen-Politiker den Zeitungen der Funke-Mediengruppe. Es sollte also bei den Ostermärschen deutlich werden, dass sie sich gegen den Krieg des russischen Präsidenten richten: "Es ist eindeutig, wer in diesem Krieg Angreifer ist und wer sich in schwerer Not verteidigt und wen wir unterstützen müssen - auch mit Waffen."

Pazifismus sei im Moment "ein ferner Traum", sagte Habeck. Putin bedrohe die Freiheit Europas. "Kriegsverbrechen sind offenkundig Teil seiner Kriegsführung. Wehrlose Zivilisten werden gezielt getötet, Kriegsgefangene hingerichtet, Familien ermordet, Krankenhäuser mit Raketen beschossen." Für ihn gelte, dass "Zuschauen die größere Schuld" sei.

Der FDP-Politiker Alexander Graf Lambsdorff griff die Ostermarschbewegung erneut scharf an. Er warf ihr eine Unterstützung des russischen Präsidenten Wladimir Putin im Krieg gegen die Ukraine vor. "Die Leute, die solche Märsche organisieren, sind eigentlich keine Pazifisten, sondern die fünfte Kolonne Putins", sagte Lambsdorff im WDR. "Sie versuchen, den Westen zu schwächen und die Ukraine zu diskreditieren."

Das Recht der Ukraine auf Selbstverteidigung betonte auch der ehemalige Bundestagspräsident Wolfgang Thierse. Das Motto "Frieden schaffen ohne Waffen" sei aktuell eine Arroganz gegenüber den Menschen in der Ukraine, sagte Thierse dem *Bayerischen Rundfunk*. Pazifismus auf Kosten anderer sei zynisch.

Die ehemalige EKD-Vorsitzende Margot Käßmann verteidigte bei *NDR Info* die kritische Haltung der Friedensbewegung. Mehr Waffen führen aus ihrer Sicht nicht zu einem Ende des Krieges.

Im Gegenteil: "Die größte Gefahr ist im Moment doch, dass dieser Konflikt so eskaliert, dass NATO-Staaten tatsächlich Kriegspartei werden und dann muss ich sagen, ist die Angst in der Tat berechtigt. Weil ein solcher Krieg doch wahrscheinlich zum Einsatz von Atomwaffen führen würde." Es sei nicht gerecht, Menschen, die sich seit Jahrzehnten für Frieden einsetzten, vorzuwerfen, sie stünden auf der Seite Russlands.

Rückenstärkung kam auch von der Linkspartei. Für Sevim Dagdelen, abrüstungspolitische Sprecherin der Linken-Fraktion im Bundestag, setzen die Ostermärsche ein wichtiges Zeichen für die Beendigung des Krieges in der Ukraine, den Rückzug der russischen Truppen. "Wer dagegen immer mehr Waffen in das Kriegsgebiet Ukraine liefern will, setzt auf Eskalation und riskiert eine Kriegsbeteiligung Deutschlands", erklärte sie. "Dieser Wahnsinn muss verhindert werden."

Eberhard Przyrembel vom Ostermarsch Rhein-Ruhr sagte mit Blick auf die Ukraine, der "skandalöse und einmalig grausame Krieg" Russlands offenbare auch politisches Versagen in Deutschland, "denn 18 Jahre lang haben alle Bundesregierungen dieselbe 'wehrhafte' Friedenspolitik mit der Rüstungsindustrie betrieben". Die jetzt angekündigte massive Erhöhung der Rüstungsausgaben sei "keine Zeitenwende, sondern die hoffnungslose Fortsetzung immer desselben".

Mo
11.04.
2022

radioeins ab drei

Russlands Krieg in der Ukraine

Hofreiter für schwere Waffen: "Wir müssen die Ukraine stärken"

Der Vorsitzende des Europa-Ausschusses im Bundestag, Anton Hofreiter von den Grünen, fordert von der Bundesregierung mehr Einsatz für die Ukraine und gegen Russland. "Wir sehen einen Vernichtungskrieg mit schwersten Kriegsverbrechen".

Hofreiter hatte am Wochenende schwere Waffen für die Ukraine gefordert. Und bei Markus Lanz präsentierte er ein so fundiertes Fachwissen über G82-Scharfschützengewehre und Marder-Schützenpanzer, dass es dafür sogar Lob von CDU-Politiker Armin Laschet auf Twitter gab.

ZEIT

Wegen Ukraine-Krieg: Diesmal zwei Ostermärsche in Berlin

In Kreuzberg protestierten am Samstag rund 1300 Teilnehmende für Frieden in der Ukraine und für Abrüstung. Parallel zum traditionellen Ostermarsch fand eine zweite Demonstration mit 650 Menschen statt. Am Bebelplatz wurde unter anderem mit ukrainischen Fahnen gegen den russischen Angriffskrieg und Russlands Präsident Wladimir Putin demonstriert. In einem Aufruf im Internet war die Aktion als «alternativer Ostermarsch» bezeichnet worden. Darin wurde kritisiert, der Aufruf der Friedensbewegung zum traditionellen Ostermarsch erwähne mit keinem Wort die russische Aggression und das Recht auf Selbstverteidigung. Auf Plakaten forderten die Demonstranten unter anderem «Schwere Waffen jetzt!» und «Stop Russian Reich».

Freie Pfälzer 13. April 2022

Während sich die 'Pseudo-Friedensbewegung' des Mainstreams - wie so oft in der Vergangenheit - vor den Karren einer Agenda spannen lässt, geht die neue und inzwischen als Querdenker, Verschwörungstheoretiker oder Reichsbürger bezeichnete echte Friedensbewegung am Ostermontag genauso wie seit vielen, vielen Monaten nicht nur für ein Ende der Kriegstreiberei, sondern nach wie vor für Frieden, Freiheit und Selbstbestimmung auf die Straße.

Also Achtung vor den fälschlicherweise als Friedensdemos etikettierten Propagandaveranstaltungen von Gewerkschaften, Kirchen oder dem Parteienkartell, die dreist auf sogenannten Friedensdemos Waffenlieferungen fordern!

Wir sind die Friedensbewegung und echte Ostermärsche für den Frieden gibt es nur bei uns!

Angesichts der Überschneidungen bei verwischten Grenzen war es für die im November 2021 als Corona-Initiative gestarteten *Freien Pfälzer* ein Leichtes, sich als die 'echte' Friedensbewegung zu generieren. Auch Güzey Israel, die Chefin der Karlsruher Corona-Initiative *Querdenken721*, sah sich bestätigt.

Güzey Israel informiert 14. April 2022

Demonstranten in NRW fordern „verhandeln statt schießen" – Dafür gibt es Kritik

Bei Ostermärschen sind in NRW hunderte Menschen auf die Straßen gegangen. Sie setzen ein Zeichen für Frieden - und protestieren gegen Aufrüstung. Angesichts des Kriegs in der Ukraine umstritten. Hunderte Demonstranten haben am Samstagvormittag in Duisburg und Köln an Auftaktveranstaltungen zum dreitägigen Ostermarsch Rhein-Ruhr teilgenommen. Auf Plakaten forderten die Demonstranten „Keine Waffenlieferungen in Krisen- und Kriegsgebiete weltweit!", „Schluss mit dem Kriegsgetrommel!

Einige Forderungen der Friedensbewegung sorgten diesmal vorab für Diskussionen. Das Motto „Frieden schaffen ohne Waffen" sei aktuell eine Arroganz gegenüber den Menschen in der Ukraine, sagte der ehemalige Bundestagspräsident Wolfgang Thierse (SPD) dem Bayerischen Rundfunk. „Pazifismus auf Kosten anderer ist zynisch."

Herr Thierse ihre Aussage ist mehr als zynisch.
Vielen Dank an die Demonstranten für euren Einsatz.

Die Russlandaffinität weiter Teile der Corona-Protestszene war kein Zufall. Ein exemplarischer Blick nach Stuttgart zu *Querdenken711* Ende März 2022:

Merkur Stuttgarter Querdenker unterstützen Putin auf Telegram 30.03.2022

Nachdem sich die Querdenker-Szene in Stuttgart zuletzt vehement gegen die Coronamaßnahmen und die Impfpflicht ausgesprochen hatte, beschäftigt sie nun ein weiteres Thema: der Ukraine-Krieg und seine Folgen für Deutschland. In der Telegram-Gruppe „Stuttgart-Widerstand" etwa diskutieren Mitglieder über Wladimir Putin sowie die steigenden Energie- und Rohstoffpreise. Dabei äußern manche von ihnen mitunter verstörende Theorien. „Putin kämpft nicht gegen einfache Bürger, die Soldaten helfen sogar den Kindern und den Frauen.Er kämpft gegen das Faschismusnest in der Ukraine", schreibt eine Nutzerin. „Wir wurden die letzten zwei Jahre in den Mainstreammedien nur belogen. Warum sollte ich ihnen jetzt glauben?", heißt es von eine m weiteren Mitglied bei „Stuttgart-Widerstand". Bekannt für seine Unterstützung der russischen Propaganda ist auch Jürgen Elsässer, Chefredakteur des rechtsextremen Magazins „Compact", der als enger Vertrauter der Querdenkern-Bewegung gilt.

Wieso findet die russische Propaganda gerade in einer Gruppierung wie Querdenken Anklang? Rolf Frankenberger, Politikwissenschaftler an der Uni Tübingen, hat dazu eine Theorie. „Das ist eine Aktualisierung eines Themas, das in diesen Kreisen schon immer eine Rolle gespielt hat", erklärt er. „Weil Corona nicht mehr den Fokus der Aufmerksamkeit hat, nimmt man halt das neue Thema und ist wieder dagegen." Laut des Experten bestehe eine große Schnittmenge zwischen Querdenkern und der „neuen Rechten" sowie dem Umfeld der AfD. „In diesen Kreisen war man schon vor 20 Jahren sehr russlandaffin, vor allem seit Putin und das russische Regime sich immer mehr zu einer geschlossenen Diktatur entwickelt haben."

In der Corona-Szene sah man den Ukraine-Krieg als Folge westlicher Aggression. Diese Haltung basierte auf dem Argument, Russland sei mit seinem Angriffskrieg der Ukraine lediglich zuvorgekommen, die mit Hilfe der NATO an „Strategien zur Rückgewinnung der [von Russland annektierten] Krim gearbeitet habe und dabei mit rechtsradikalen ukrainischen Kräften zusammenarbeite. Insbesondere den GRÜNEN wurde hier die Funktion einer Kriegstreiberin zugeschrieben, ausgehend von Robert Habecks Besuch in Kiew im Mai 2021 … Die Haltung der Nachrichtenseite *Web Socialist Web Site* spiegelte die Ansichten der putinfreundlichen Teile der Corona-Szene wider: Russland in Notwehr, bereits im Jahr 2014.

WSWS.ORG

Grünenchef Habeck will Ukraine gegen Russland aufrüsten

27. Mai 2021

Am vergangenen Wochenende reiste Robert Habeck inmitten einer angespannten Situation auf Einladung des ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj in die Ukraine. Kiew verschärft die militärische Konfrontation mit Russland, und die Nato führt unter der Bezeichnung „Defender Europe 2021“ das größte Manöver seit dem Ende des Kalten Krieges direkt an der russischen Grenze durch, das noch bis Mitte Juni dauert.

Nach Gesprächen mit Selenskyj und dem stellvertretenden Militärchef Generalmajor Eduard Moskaljow, der die Delegation betreute, erklärte Habeck, er halte „die Wünsche der Ukraine nach Waffenlieferungen angesichts des Kriegs im Osten des Landes für berechtigt“. Waffen zur Selbstverteidigung, sogenannte Defensivwaffen, könne man dem Land schwer verwehren. Die Ukraine verteidige auch die Sicherheit Europas, so Habeck im Dlf-Interview. Wenn das Land den Konflikt um die Krim verlieren sollte, sehe er die Gefahr, dass Russland in anderen Regionen genauso vorgehen könnte wie auf der Krim.

Habecks Besuch und seine Gespräche in Kiew stehen in direktem Zusammenhang mit einer neuen Initiative der ukrainischen Regierung, die Halbinsel Krim zurückzuerobern. Die so genannte „Strategie zur Wiedererlangung der Krim“ stützt sich auf eine enge Zusammenarbeit mit der US-Regierung. Anfang Mai 2021 war US-Außenminister Antony Blinken zu Gesprächen in Kiew und sicherte Präsident Selenskyj die „unerschütterliche Unterstützung der Vereinigten Staaten“ zu. Blinken kündigte an, die bisherige Militärhilfe der US-Regierung deutlich auszubauen. Im Rahmen einer Sicherheitspartnerschaft sollen künftig 300 Millionen US-Dollar pro Jahr für den Aufbau des Militärs von Washington nach Kiew fließen. Begleitet wurde Blinken von Victoria Nuland, die als Unterstaatssekretärin des Außenministeriums für politische Angelegenheiten zuständig ist. Nuland war eine der aggressivsten Befürworterinnen des von den USA und der EU unterstützten Putsches, der 2014 den gewählten pro-russischen Präsidenten Viktor Janukowitsch stürzte und eine rechtsradikale Regierung gegen Moskau an die Macht brachte.

Die Rolle der Grünen als Kriegstreiber in der Ukraine ist nicht neu. Die Partei, die sich bei ihrer Gründung vor vierzig Jahren pazifistisch gab, und ihre Heinrich-Böll-Stiftung spielten 2014 eine zentrale Rolle beim faschistischen Maidan-Putsch und der Errichtung eines reaktionären Oligarchen-Regimes. Seither versinkt die Ukraine immer tiefer in Bürgerkrieg und Korruption. Auch jetzt ist die „Strategie zur Wiedererlangung der Krim“ mit der Mobilisierung rechtsextremer und faschistischer Kräfte verbunden. Anfang Mai wurde bekannt, dass Präsident Selenskyj offenbar Pläne verfolgt, den bekannten Rechtsterroristen Sergij Sternenko zum Leiter des Inlandsgeheimdienstes in Odessa zu ernennen, um sein Bündnis mit rechtsextremen Kräften zu stärken. Als ehemaliger Führer der Neonazi-Organisation Rechter Sektor in Odessa war Sternenko 2014 direkt in die Ermordung von 46 Menschen im städtischen Gewerkschaftshaus verwickelt.

All das hindert Robert Habeck nicht, sich mit Selenskyj und anderen führenden Politikern zusammenzusetzen und sich für eine militärische Aufrüstung der Ukraine starkzumachen. Der reaktionäre und skrupellose Charakter der grünen Parteiführung ist eine Warnung. Diese Partei wird in den Medien gehypt, weil sie als mögliche künftige Kanzlerpartei nicht weniger brutal und aggressiv die Interessen des deutschen Imperialismus vertritt als die derzeitige Große Koalition.

Und so war es keine Überraschung, dass man seitens der Coronaprotest-Szene wachsam war hinsichtlich doppelmoraliger tagesaktueller Vorgänge.

Freie Sachsen
148K subscribers **19. April 2022**

Türkische Offensive gegen Kurden im Nordirak

TÜRKEI | 18.04.2022

Die türkische Armee hat eine neue Boden- und Luftoffensive gegen die verbotene Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) im Nordirak gestartet. Wie Verteidigungsminister Hulusi Akar mitteilte, waren an dem Einsatz gegen die PKK in drei Regionen nahe der türkischen Grenze auch Drohnen und Kampfhubschrauber beteiligt. Der Einsatz werde in den "kommenden Tagen" verstärkt.

NATO-Mitglied Türkei greift Kurden an und marschiert in den Nordirak ein: Die Heuchelei "unserer" Medien und Politiker!

Habt Ihr heute schon von dem Krieg gelesen, der seit gestern im Nordirak begonnen hat? Wohl allenfalls als Randnotiz. Oder vielleicht noch garnicht. Die türkische NATO-Armee des engen US-Verbündeten Erdogan ist mit einer Bodenoffensive in den Nordirak einmarschiert und bekämpft dort Kurden in den von ihnen autonom verwalteten Regionen.

Wo bleibt die Empörung über den türkischen Angriffskrieg? Wo sind die Forderungen von schweren Waffen für die Kurden im Irak? Und wo ist eigentlich die Solidarität des politischen Establishments mit den Angegriffenen? Finden sich schon kurdische Fahnen an öffentlichen Gebäuden? **Ihr merkt: Es gibt "gute" und "schlechte" Kriege. Und es ist den Regierungen egal, ob Menschen sterben, solange es in ihre Bündnispolitik passt. Noch deutlicher als in diesen Tagen lässt sich das kaum beweisen.**

corona-querfront **17. April 2022**

https://www.zdf.de
Ukraine: Union macht Scholz wegen Waffenlieferungen Druck
Die Unionsfraktion im Bundestag erwägt, einen Antrag zur Lieferung schwerer **Waffen** an die **Ukraine** einzubringen, wenn Scholz sich nicht bewegt.

https://www.cdu.de › artikel › cdu-hilft
Krieg in der Ukraine So können Sie helfen! - CDU Deutschlands
01.03.2022 — Lassen Sie uns weiterhin Zeichen der Solidarität mit der **Ukraine** setzen, wo immer es möglich ist. Ob mit **Geldspenden**, Sachgütern oder ...

Grundrechte.jetzt **20. April 2022**

SPIEGEL Ausland 20.04.2022

Britisches Gericht erlaubt Auslieferung von Assange an die USA

Ein Gericht in London hat formell die Auslieferung von Julian Assange an die USA genehmigt, nun muss nur noch die britische Innenministerin zustimmen. Dem WikiLeaks-Gründer droht lebenslange Haft.

Ukraine und Afghanistan 06.04.2022

Die doppelten Standards des Westens

Auf einer Konferenz in Doha, Katar, wurde die frühere pakistanische Außenministerin Hina Rabbani Khar kürzlich gefragt, warum Pakistan den russischen Einmarsch in der Ukraine nicht verurteilt habe. Ihre Antwort: Pakistan erlebe wie auch seine westlichen Nachbarn seit Jahrzehnten Gewalttaten einer anderen Weltmacht – mit verheerenden Folgen für die Menschen in der Region. Sie meine offenkundig die USA, ohne sie jedoch beim Namen zu nennen. Allein der Krieg in Afghanistan habe Hunderttausende das Leben gekostet, Millionen Afghanen seien vor Krieg und Hunger nach Pakistan und in den Iran geflüchtet. Die Zerstörungen in Afghanistan überträfen die in der Ukraine um ein Vielfaches. Wenn die Entscheider im Westen nunmehr in Russland den großen Feind sähen, sei das deren Entscheidung. (…)

Die Corona-Spaziergänge am Ostermontag (18. April) 2022

Der Teilnehmendenschwund setzte sich fort: Ob in Karlsruhe, Bruchsal, Ulm oder anderswo. Die Corona-Demos standen vor dem Verschwinden. Ob für immer oder nur bis zum nächsten Herbst, würde sich zeigen.

Weniger Corona-Demonstranten am Ostermontag 19.04.2022

Die Zahl der Demonstranten, die am Montagabend ihren Unmut über die staatlichen Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie kundgetan haben, ist in den Landkreisen Görlitz und Bautzen deutlich gesunken - und zwar auf 1.900 Teilnehmende. Gegenüber der Vorwoche nahmen weniger als halb so viele Personen teil, teilt Sebastian Ulbrich, Pressesprecher der Polizeidirektion Görlitz, mit. **Am Montag zuvor lag die Zahl bei rund 4.280.**

Obermain-Tagblatt

Corona-Demo in Bad Staffelstein: Da waren's nur noch neun 20. April 2022

Corona-Demo in Ulm swp+ 18. April 2022,

Protestzug durch die Innenstädte 50 „Spaziergänger“ an Ostermontag

Corona-Demo in Bruchsal: 130 Teilnehmer sehen noch Handlungsbedarf 19. Apr. 2022

Es geht den Demonstranten immer noch um die Corona-Politik. Inzwischen wird auf den Bruchsaler Straßen aber auch der Ukraine-Krieg thematisiert.

In Karlsruhe konnten nur noch die alle vier Wochen von *Querdenken721* eventartig aufgezogenen Samstagsdemos erfolgreich mobilisieren. Zuletzt am 16. April 2022 mit knapp 2000 Teilnehmenden. Die montäglichen Corona-Spaziergänge indes waren zahlenmäßig und politisch bedeutungslos geworden. Sie lebten nur noch vom und für den Trotz ihrer Organisierenden.

Samstag, 16. April 2022

Montag, 18. April 2022

Querdenken721 verbleiben monothematisch

Der Ukraine-Krieg war in den telegram-Kanälen von *Querdenken721* und dem deren Chefin, *Güzey Israel informiert*, zu Beginn des Ukraine-Kriegs nur ein Zusatzthema gewesen. Mittlerweile wurde der Krieg dort nicht mehr thematisiert. Man hielt an den bisherigen Parametern der *Querdenken*-Bewegung, die ihre eigenen Themen, Strukturen, Sprachcodes und Starkulte hatte, fest.

Die Mobilisierung zur fünften Ausgabe der von Güzey Israel organisisierten Demo-Reihe „Karlsruhe geht spazieren“ war ein passendes Beispiel.

Man hatte den deutlichen Eindruck, dass der Ukraine-Krieg nur pflichtbewusst und am Rand angeschnitten wurde, weil das Thema in der Szene virulent war und daher eine mainstreamkritische Haltung erwartet wurde.

Im Kern aber war man bei *Querdenken721* nicht gewillt, sich neuen Themen zu öffnen

Bürgerbewegung Karlsruhe steht auf! 9. April 2022

*Wenn die **einrichtungsbezogene Impfpflicht** bestehen bleibt, **drohen mehr als 5.000 Menschen, nur** alleine hier **in Karlsruhe** ihren **Arbeitsplatz** zu **verlieren**!*
Sollte das passieren, klappt das Gesundheitssystem zusammen!

Für Frieden und Freiheit – es ist längst nicht vorbei

Die allgemeine Impfpflicht ist VORERST vom Tisch – aber es ist noch kein wirkliches Umdenken in Politik und Medien erkennbar.

Die Impfpflichten im Gesundheitswesen und in der Bundeswehr erfordern weiterhin Solidarität. Und auch das Impfregister, der EU-Impfpass und das geplante WHO-Pandemieabkommen machen den Einsatz zur Sicherstellung der Grundrechte aller Menschen weiterhin notwendig.

Außerdem wird der Ruf nach Frieden immer stärker und der militärische Konflikt zwischen Russland und der Ukraine erfordert Diplomatie statt Waffenlieferungen.

Die Kraft der Straße ist immens wichtig. Kommt am Samstag , den 16.04.2022 um 14 Uhr zum Platz der Menschenrechte in Karlsruhe!

Das lag in erster Linie daran, dass Querdenken einen sektenhaft hierarchischen Aufbau hatte. Es gab ExpertInnen in Form von ÄrztInnen&RechtsanwältInnen, die die Denkrichtungen vorgaben und im Internet das Weltgeschehen kommentierten. Die AktivistInnen indes differenzierten sich über den Grad ihres „Erwachtseins“. Und so hatte jedeR etwas zu verlieren, falls man sich den Themen der Welt öffnete und nicht länger in der abgeschlossenen Coronablase trieb.

Grundrechte Jetzt indes hatten sich mit Kriegsbeginn thematisch geöffnet.

Grundrechte.jetzt 19. April 2022
Forwarded from **Daria Live (Daria)**

„Ein Verräter weniger“: Selenskyj überwacht Attentate, Entführungen und Folterungen der politischen Opposition

"Während er behauptet, die Demokratie zu verteidigen, hat der Ukrainer Wolodymyr Selenskyj seine Opposition geächtet, die Verhaftung seiner Rivalen angeordnet und das Verschwinden und die Ermordung von Dissidenten im ganzen Land geleitet."

The Grayzone

"One less traitor": Zelensky oversees campaign of assassination, kidnapping and torture of political opposition - The Grayzone

While claiming to defend democracy, Ukraine's Volodymyr Zelensky has outlawed his opposition, ordered his rivals' arrest, and presided over the disappearance and assassination of dissidents across the country. Ukrainian President Volodymyr Zelensky has framed...

Grundrechte.jetzt 19. April 2022

So schlimm und verachtenswert der militärische Angriff auf die Ukraine sein mag, die Hintergründe hierfür erfahren wir hier im Westen nur scheibchenweise und leider nicht durch unsere zwangsfinanzierten Staatsmedien, sondern leider nur durch Alternative Medien wie 👆👆👆 oben gezeigt.

Es sind erschreckede Berichte und dies soll auch nicht die Greultaten des Krieges als solchen relativieren und den Einmarsch der russischen Streitkräfte rechtfertigen, aber es zeigt: es gibt durchaus eine andere Perspektive als die von ZDF und ARD dargestellten Narrative suggerieren wollen.

Die Wahrheit ist immer das erste Opfer eines jeden Krieges.

Waffenlieferungen verlängern nur das Leiden der Menschen.

Deutschland sollte sich nicht an Waffenlieferungen bezeiligen.

Krieg ist und bleibt ein Verbrechen an der Menschheit.

Im *telegram*-Kanal *Güzey Israel informiert* gaben sich derweil die RechtsanwältInnen die Klinke in die Hand. Eine Auswahl, allein vom 20. April 2022: Von den fünfzehn Beiträgen des Tages waren fünf Aufrufe für Mitfahrgelegenheiten für eine Demo am 23. April in Landau und sieben geteilte Beiträge von Rechtsanwälten: Berichte und Analysen zum aktuellen Corona-Geschehen sowie juristische Tipps zur vermeintlichen Selbsthife.

(Dirk Sattelmaier war Chef der *Anwälte für Auflärung (Afa)* und Aktivist bei *Querdenken721.)*

Güzey Israel informiert 20. April 2022
Forwarded from **Anwälte-für-Aufklärung**

Text-Gesundheitsamt.pdf
70.6 KB

▲ **Text zur Vorlage beim Gesundheitsamt oder Arbeitgeber** ▲

■ ERKLÄRUNG der KONTRAINDIKATION aufgrund des ARZNEIMITTELGESETZES bezüglich der einrichtungsbezogenen Nachweispflicht gemäß § 20 a IfSG von unserem Kollegen Frank Großenbach.
Aus dem Arzneimittelgesetz ergibt sich, dass ein Gentherapeutikum (der mRNA-Wirkmechanismus) kein Impfstoff i.S.d. § 4 Abs. 4 AMG ist.

■ **Ein NICHT-Impfstoff ist daher nicht indiziert, verimpft zu werden.** Mit der aktuellen Textfassung wird auf Einwände eingegangen, die der Argumentation denkbar entgegenstehen könnten. Der Text soll als Hilfe für Betroffene dienen, sich selbst zu vertreten sowie unmittelbar ohne Arzt auf die Vorlageverpflichtung gegenüber dem Arbeitgeber oder dem Gesundheitsamt zu reagieren. 08:45

Güzey Israel informiert 20. April 2022
Forwarded from **Kanal Rechtsanwalt Dirk Sattelmaier**

❗ Immer mehr Watschen für Lauterbach im #Mainstream ❗

*„Mittlerweile läuft der **SPD-Politiker** Gefahr, von der mystischen Gestalt der Kassandra zu dem kleinen, nervigen Hirtenjungen zu verkommen, der im Märchen sein Dorf dauernd vor dem bösen Wolf warnt, der aber nicht kommen will."* (Quelle 👉 focus.de)

Es ist offensichtlich:
Redete bzw. schrieb der Mainstream den „Corona-Heilsbringer" nach der Wahl geradezu herbei, lässt er ihn langsam aber sicher fallen wie ein heisse Kartoffel.

Lauterbach hat nun auch für jeden sichtbar bewiesen, dass es ihm nur um dieses ein Thema ging, weil es ihm die Aufmerksamkeit gebracht hat, die er all die Jahre gesucht hatte. 09:02

Güzey Israel informiert 20. April 2022
Forwarded from ❌**RA Ludwig - Querdenkeranwalt**

Muster_WiderspruchggImmunitaetsnachweispflichtVor...
14.4 KB

Hier ist ein von mir gefertigtes Musterschreiben für den Fall, dass das Gesundheitsamt zur Vorlage von Dokumenten auffordert. Ich habe dies in meiner Sendung "Corona aus Sicht des Juristen" heute erklärt.
Aus meiner Sicht ist das Gesundheitsamt nicht zuständig, solange der Arbeitgeber an den vorgelegten Dokumenten nichts auszusetzen hat. Das würde auch Art. 5 Abs. 1 Ziff. 3 DSGVO (Datenminimierung) widersprechen.
Sollte also jemand eine entsprechende Aufforderung erhalten haben, kann diese nach meiner Rechtsauffassung zunächst zurückgewiesen werden. Sollte weiterhin auf Übersendung bestanden werden, kann auf Art. 13 Abs. 1, 2 DGVO verwiesen werden. Demnach muss das Gesundheitsamt zunächst erklären, wie die Daten gespeichert und verarbeitet werden.
Den Gesundheitsamtsmitarbeitern rate ich aktuell, aufgrund der Studienlage keinerlei Betretensverbote oder Beschäftigungsverbote auszusprechen. 21:58

Güzey Israel informiert 20. April 2022
Forwarded from ❌**RA Ludwig - Querdenkeranwalt**

Der Rechtsanwalt Nils Melzer war bis zum 31. März 2022 UN-Sonderberichterstatter über Folter. In dieser Funktion hat er viele Übergriffe deutscher Polizisten auf Demonstranten gegen die Corona-Maßnahmen geprüft. In einem Interview für die WELT zieht er ein erschütterndes Fazit:

"*Die Staatsanwaltschaft ist verpflichtet, jeden der von mir vorgelegten Fälle von Amtes wegen zu untersuchen, denn Folter und Misshandlungen sind immer Offizialdelikte. Allfälliges Fehlverhalten ist zeitnah zu bestrafen, Opfer sind zu entschädigen und die Einsatzregeln anzupassen. Im heutigen Umfeld müssen alle modernen Demokratien aufpassen, dass sie der Rechtsstaatlichkeit treu bleiben. Das bedeutet in erster Linie, dass sie den Mut und den Willen aufbringen müssen, Rechtsbrüche durch eigene Behörden und Beamten mit aller Konsequenz zu bekämpfen. Tun sie das nicht, sind sie keine wirklichen Rechtsstaaten mehr, sondern nur noch Schönwetter-Demokratien.*"

Wir werden mit dem ZAAVV exakt an diese Arbeit und diese Feststellungen anknüpfen. Weder der Begriff der Folter noch der Begriff des Verbrechens gegen die Menschheit sind in diesem Zusammenhang zu hoch gegriffen. 10:00

Güzey Israel informiert 20. April 2022
Forwarded from **Anwälte-für-Aufklärung**

❗ Britisches Gericht erlaubt Auslieferung von Julian Assange ❗

Die britische Justiz hat formell die Auslieferung des WikiLeaks-Gründers Julian Assange an die USA genehmigt, wo ihm wegen der Veröffentlichung geheimer Dokumente zu den Kriegen im Irak und in Afghanistan eine lebenslange Haftstrafe droht. 👉 zeit.de

Es ist eines wirklichen Rechtsstaates unwürdig, jemanden in ein Land auszuliefern, in dem diesem 175 Jahre Haft drohen und es bereits von vornherein klar zu sein scheint, dass ein faires Verfahren nicht zu erwarten ist.

Wir Anwälte für Aufklärung sind bereits seit unserer Gründung in tiefen Gedanken bei Assange und auch seiner Familie und wünschen ihm an dieser Stellen weiterhin viel Kraft ! 17:53

Güzey Israel informiert 20. April 2022
Forwarded from **Kanal Rechtsanwalt Dirk Sattelmaier**

❗ Neues aus dem Gerichtssaal ❗ Heute: AG Aschaffenburg

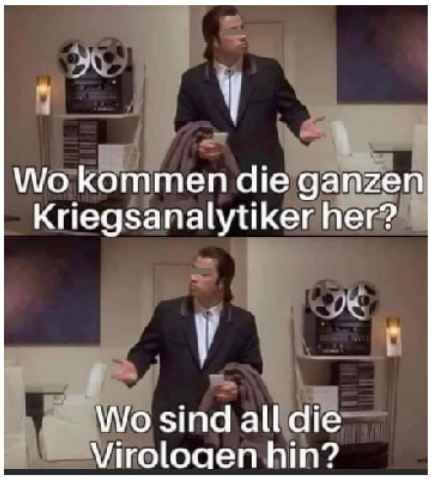
Die Teilnahme an einem der sog. „Flashmobs" in der bayerischen Stadt war heute gar nicht mehr Thema des Verfahrens. Es ging am Ende allein um die MNB-Pflicht und die Frage, ob eine Glaubhaftmachung vor Ort erfolgen muss, obwohl der Beamte den konkreten Tatvorwurf dem Betroffenen gegenüber gar nicht eröffnet hatte.

Abschluss und Ausblick

Damit endet diese Dossier-Reihe zu den Transformationen in der Corona-Szene. Das Wesentliche scheint geschrieben worden zu sein.

corona-querfront 21. April 2022

corona-querfront 20. April 2022



Ein Protest entlang der Trennlinie Wahrheit/Lüge dürfte das Zentrum der nächsten internetbasierten patriotisch-orientierten Protestbewegung sein, die auf die Corona-Proteste folgt – eine Art 'Wahrheitsbewegung', durchaus in der Tradition des US-amerikanischen *9/11 Truth Movement.*

Marco Kurz, der 2017 mit seinem Projekt „Marsch 2017“ die BRD-Eliten stürzen wollte – und dasselbe 2018 (Frauenbündnis Kandel) und 2019 (Gelbwesten) und 2020 (Corona-Widerstand Offenburg) und 2021 (Schneedemo Ottersweier) ebenso erfolglos versucht hatte, dürfte einen guten Riecher gehabt haben, als er bereits Ende Dezember 2021 seinen *telegram*-Kanal in „Wahrheitskanal“ umbenannte.

⚠️ Marco Kurz - Wahrheitskanal! 20. April 2022

Kein geringerer als Donald Trump zog im Januar 2022 nach.

Trump drängt zurück ins Netz *07.01.2022*

Nach seiner Sperre bei Twitter und Facebook hatte Ex-Präsident Trump vergeblich versucht, online wieder sichtbar zu werden. Im Februar soll nun seine "Truth Social"-App starten. Ob diese wirklich ein Erfolg wird?

Die Medienfirma des ehemaligen US-Präsidenten Donald Trump will seine lange versprochene Internetplattform im Februar starten. Noch ist aber nicht klar, ob es nur eine Handy-App oder auch eine Webversion geben soll. Die "Truth Social"-App zumindest soll am 21. Februar herauskommen. Das Unternehmen erklärt, es habe mittlerweile einer Finanzierung von einer Milliarde US-Dollar erhalten.